

**Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE**

**„Sprach- und Integrationsmittlerinnen und -Integrationsmittler“ und „Sprach- und Kulturlotsinnen und -Kulturlotsen“ in die öffentliche Verwaltung übernehmen!**

Viele nach Bremen aus dem Ausland zugezogene Menschen mit und ohne Geflüchteten-Biografie benötigen Unterstützung, um sich im Alltag in neuer Umgebung zurechtzufinden. Zwar findet sich in Bremen bei familiären Problemen, Schwierigkeiten mit der Erziehung oder anderen Notlagen, in denen Menschen auf professionelle Unterstützung angewiesen sind, ein gutes und weit verzweigtes Netz an Organisationen, das Hilfe und Unterstützung leistet, jedoch stößt dieses häufig auf Schwierigkeiten in der Verständigung.

Viele Menschen, die in Bremen eine neue Heimat finden wollen, haben neben den zunächst geringen Deutschkenntnissen zusätzliche Barrieren zu überwinden. Häufig wissen sie nicht, inwieweit es in ihrer Nachbarschaft entsprechende Unterstützungsangebote gibt oder trauen sich nicht, die Unterstützungsangebote in Anspruch zu nehmen – auch weil sie Probleme mit der sprachlichen Verständigung haben. Aus diesem Grund wurden in Bremen mit öffentlicher Förderung Menschen mit Migrationsgeschichte zu „Sprach- und Kulturlotsinnen und -Kulturlotsen“ sowie zu „Sprach- und Integrationsmittlerinnen und -mittlern“ fort- und ausgebildet. Neben sprachlicher Unterstützung bieten sie auch Hilfestellung zum Beispiel beim Besuch in Behörden wie Jobcenter, Einwohnermeldeamt, Ausländerbehörde oder Standesamt.

Zudem begleiten sie neu angekommene Menschen in Bremen bei Arztbesuchen oder erledigen Formalitäten mit Energieversorgern oder Telefonanbietern. Die Etablierung des Fortbildungsberufes „Sprach- und Integrationsmittlerin oder -mittler“ hat mittlerweile in vielen bundesdeutschen Kommunen gute Fortschritte gemacht. Das Fortbildungscurriculum der Sprach- und Kulturlotsinnen und Kulturlotsen“ ist ähnlich ausgerichtet und wurde ebenfalls erfolgreich umgesetzt. Die Erfahrungen in der Praxis zeigen, dass die Mittlerinnen und Mittler und Lotsinnen und Lotsen wertvolle Arbeit leisten. Zudem belegen zahlreiche Studien den großen Bedarf in den Einrichtungen des Sozial- und Gesundheitswesens und den Institutionen einer modernen Stadtgesellschaft allgemein.

Die „Sprach- und Kulturlotsinnen und -lotsen“ und die „Sprach- und Integrationsmittlerinnen und -mittler“ haben selbst Migrationserfahrung, kommen aus unterschiedlichen Kulturkreisen und leben schon seit Jahren in Bremen. Sie sind somit „Expertinnen und Experten im Ankommen“ aus eigener Lebenserfahrung. Sie beherrschen unterschiedliche Sprachen und können sich aufgrund der eigenen Lebensgeschichten in jene von anderen migrierten Menschen gut hineinfinden.

Sie leisten einen erheblichen Beitrag zu einer möglichst frühen Integration in die Bremer Stadtgesellschaft. Leider verblieb der Großteil der „Sprach- und Kulturlotsinnen und -lotsen“ und der „Sprach- und Integrationsmittlerinnen und -mittler in den vergangenen Jahren im Anschluss an die Fortbildung selbst in öffentlich geförderten Beschäftigungsprojekten oder ist vorwiegend ehrenamtlich tätig.

Da sich der Einsatz von Mittlerinnen und Mittlern und Lotsinnen und Lotsen in Bremer Ämtern und Behörden in den vergangenen Jahren sehr bewährt hat und damit gleichzeitig für sie eine berufliche Perspektive geschaffen wurde, sollte nun den qualifizierten „Sprach- und Kulturlotsinnen und -lotsen“ und „Sprach- und Integrationsmittlerinnen und -mittlern“ ein beruflicher Einstieg in eine sozialversicherungspflichtige und dauerhafte Beschäftigung eröffnet werden. Damit würde auch dem hohen Bedarf an kultursensibler Übersetzung in den Dienststellen Rechnung getragen werden.

Die Stadtbürgerschaft möge daher beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. ein zwischen den Ressorts Soziales und Arbeit abgestimmtes Konzept zu erstellen,
  - a) das darstellt, wie qualifizierte Sprach- und Kulturmittlerin und -mittler sowie Sprach- und Integrationsmittlerinnen und -mittler (Sprinter) dauerhaft in ausgewählten Dienststellen der öffentlichen Verwaltung angestellt oder eine weitere Beschäftigung bei Trägern ermöglicht werden kann;
  - b) das prüft, welche Finanzierungsmöglichkeiten innerhalb der Dienststellen bestehen, in denen bereits die Tätigkeiten der Sprach- und Kulturmittlerinnen und -mittler sowie Sprach- und Integrationsmittlerinnen und -mittler (Sprinter) zum Einsatz kommen und an einer Verstärkung ein hohes Interesse aufgrund der erfolgreichen Arbeit haben;
  - c) das prüft, welche Finanzierungsmöglichkeiten insbesondere bestehen, die das Ziel verfolgen, die Frauenerwerbsquote deutlich zu steigern.
2. der Stadtbürgerschaft innerhalb von sechs Monaten nach Beschlussfassung zu berichten.

Valentina Tuchel, Birgitt Pfeiffer, Mustafa Güngör und  
Fraktion der SPD

Sahhanim Görgü-Philipp, Dr. Henrike Müller, Björn Fecker  
und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Cindi Tuncel, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE